

Gießener Echo

Zeitung der Deutschen Kommunistischen Partei Gießen

Nr. 1/48. Jahrgang

Januar 2017

Schutzgebühr: 0,40 €

Uni-Klinik: Wird ein Streik helfen?

Die Arbeitsbelastung der Beschäftigten wird immer unerträglicher, jetzt sind sie bereit zu streiken. 155.000 Überstunden wurden ihnen abverlangt, über 500 Angestellte haben mit Überlastungsanzeigen deutlich gemacht, dass die ihnen abverlangte Arbeit nicht zu schaffen ist. Die Geschäftsführung behauptet, es seien nur 25.000 Überstunden angefallen. Das sind aber nur die über die Verwaltung abgerechneten Stunden, die meisten Mehrstunden werden auf den Stationen intern aufgeschrieben und irgendwann durch Freizeit abgeglichen – was aber sofort wieder zu Überstunden der Kollegen führt.

Rhön und Uni fordern Geld

Um von diesem Skandal abzulenken, stellt die Rhön AG Geldforderungen an das Land Hessen, angeblich für Ausgaben für Forschung und Lehre. Andererseits klagen Medizinstuden-

ten darüber, dass die lehrenden Mediziner, die nach wie vor vom Land bezahlt werden, zu wenig Zeit für sie hätten, da die Krankenversorgung Vorrang hat. Deswegen stellt die Unileitung ihrerseits Forderungen an den Rhön-Konzern. In einem Lehrkrankenhaus, in dem Lehre, Forschung und Krankenversorgung eng verzahnt sind, ist eine genaue Trennung der Kosten nicht möglich – nur einer der vielen Gründe, warum die Privatisierung nie hätte stattfinden dürfen.

Privatisierung war falsch

Vor 10 Jahren wurde das Uniklinikum Gießen-Marburg (UKGM) für den Spottpreis von 112 Millionen Euro an den Klinikkonzern Rhön AG verkauft. Der damalige Ministerpräsident Roland Koch versprach ein „Leuchtturmprojekt“ – tatsächlich wurde ein abschreckendes Beispiel daraus.



noch immer aktuell

Immer wieder wird behauptet, ohne die Privatisierung und die daraufhin erfolgten Investitionen der Rhön AG hätte das Klinikum geschlossen werden können.
(Fortsetzung auf Seite 2)

Inhalt:

Nazi-Ehrungen in Gießen	S.2
Sonntagsöffnung/AfD-Anträge	S.3
McDonalds/LaGa-Folgen	S.4
Jobcenter muss zahlen/Hartz IV	S.5
Gedenkveranstaltung für Ria Deeg	S.6
Zum Tod von Fidel Castro/Leserbrief	S.7
Termine/Ost-Aleppo + Staatsterror	S.8



Ist MdL W. Greilich neben der Spur?

Gegen die hessische Abschiebepolitik – insbesondere ins Kriegsgebiet Afghanistan – wandte sich im Dezember im Landtag die Abgeordnete der Linken Gabi Faulhaber mit deutlichen Worten. Sie forderte einen Stopp der Abschiebungen, „oder soll ich Deportationen sagen“ und fügte hinzu: „Nun zeigt Deutschland sein hässliches Gesicht“. So weit, so gut. Die Empörung war groß. Der Gießener FDP-Abgeordnete Greilich schoss den Vogel ab und entblödete sich nicht zu behaupten (lt. dpa): „Es werde immer deutlicher, wie sich das Gedankengut von AfD und Linkspartei überschneide.“ Kann ihm wirklich entgangen sein, dass der Unterschied zwischen den beiden Parteien gerade in dieser Frage nicht gegensätzlicher sein kann? Oder hat er sich durch seine Scheuklappen „Links = Rechts“ zu dieser Absurdität hinreißen lassen? E.B.

Für Frieden und Sozialismus!



Gießener Stadtparlament: Jeder Nazi ist einer von uns

Zu diesem Schluss muss man nach der Reaktion auf den Antrag der Gießener Linken kommen.

Die hatte – eigentlich pro forma – beantragt, den Namen von Otto Eger auf der Orientierungstafel des Alten Friedhofes zu entfernen, auf der die Gräber berühmter und verdienter Persönlichkeiten aufgelistet sind. Immerhin war erst kürzlich das studentische Otto-Eger-Heim umbenannt worden, nachdem an dessen Nazi-Vergangenheit nichts mehr zu deuteln war.

Doch die Gießener Parlamentarier gingen aus heiterem Himmel auf die Barrikaden. OB Grabe-Bolz (SPD) rügte völlig an den Haaren herbeigezogen: man könne nicht eine Gießener Persönlichkeit aus der Geschichte löschen (als ob dies mit einem Streichen aus der Ehrentafel verbunden wäre). Stv. Wagener (CDU) sprach gar von Geschichtsklitterung und Stv. Grußdorf (Grüne) bekannte: Ja, Eger war Nazi, aber er war auch bis 1949 ehrenhaft Bürger dieser Stadt.

Der Antrag wurde unisono – gegen die Stimmen der Gießener Linken und bei Enthaltung des Vertreters der Piraten – abgelehnt.

So ist das mit den Gießener Nazis: bis zuletzt wird von offizieller Seite versucht, ihre verbrecherische Ge-

sinnung klein zu reden. Das war nicht nur bei Eger so, das gilt auch für den Nazi Friedrich Feld, dessen Name die nach ihm benannte Schule erst kürzlich abgelegt musste.

Das gilt erst Recht für den Nazi-Kriegsverbrecher und Ehrenbürger der Stadt Gießen Hermann Schlosser, der als Vorstandsvorsitzender von Degussa das Zyklon B-Giftgas nach Auschwitz geliefert und sich an den ermordeten Juden bereichert hat. Auch hier hat sich die Stadt geweigert, ihm die Ehrenbürgerschaft zu entziehen, wie es die Linksfraktion gefordert hatte. Stattdessen wurde ein „Gutachten“ in Auftrag gegeben und behauptet: Jede Ehrenbürgerschaft sei mit dem Tod erloschen.

Dass dies keineswegs stimmt, sieht man daran, dass viele deutsche Städte in den vergangenen Jahren die Ehrenbürgerschaft von Adolf Hitler aufgehoben haben. In Gießen wurde der entsprechende Antrag – wen wundert's? – abgelehnt.

Bei diesem Wohlwollen gegenüber Nazi-Größen aller Art, kann man darauf gefasst sein, demnächst an der Miller-Hall (ehem. Volkshalle) auf einer Gedenktafel lesen zu können: Hier sprach im Jahre 1931 Adolf Hitler, der spätere Führer Deutschlands.

Erika Beltz



(Fortsetzung von Seite 1)

Uni-Klinik: Streik?

den müssen. Ein für die Krankenversorgung der Region so wichtiges Krankenhaus kann aber nicht geschlossen werden ohne gleichwertigen Ersatz zu schaffen, dasselbe trifft für die Medizinische Fakultät zu. Die von der Rhön AG getätigten Investitionen hätte auch das Land aufbringen können, für vieles andere ist auch genug Geld da.

Überall gleiche Probleme

Fast alle Krankenhäuser in Deutschland haben das gleiche Problem:

* Die Länder zahlen nicht genug für Investitionen, obwohl sie nach dem Krankenhausfinanzierungsgesetz dazu verpflichtet sind. Durch Privatisierungen versuchen sie sogar, sich ganz vor diesen Ausgaben zu drücken.

* Die Bezahlung der Leistungen mit Fallpauschalen ist ein Irrweg. Sie führt zu unnötigen Operationen und Entlassungen von Patienten bevor sie wirklich gesund sind. Jeder Patient und jeder Krankheitsverlauf ist anders – das muss auch bei der Vergütung der Leistungen berücksichtigt werden.

* Es gibt keinen verbindlichen Personalschlüssel für Kliniken. Das führt dazu, dass am Personal als erstes gespart wird. Nur durch das hohe Pflichtbewusstsein der Beschäftigten gegenüber den Patienten kann mit wenig Personal der Betrieb einigermaßen aufrechterhalten werden.

Schluss mit Profit-Medizin

In immer mehr Kliniken, auch im UKGM, sind die Beschäftigten bereit, für bessere Arbeitsbedingungen zu streiken. Wenn es in Gießen soweit ist, werden wir sie solidarisch unterstützen – und dafür eintreten, dass das Profitprinzip in der Krankenversorgung keine Rolle mehr spielt.

Gernot Linhart



Straßennamen – kommt es auf einen Nazi mehr nicht an?

Jetzt wurde bekannt, dass die an der Gießener Uni tätig gewesenen Mediziner Robert Feulgen und Georg Haas Mitglieder der NSDAP und vieler anderer NS-Organisationen waren. Beide sind Namensgeber für Straßen, Feulgen wird darüber hinaus mit der Veranstaltungsreihe „Feulgen-Lecture“ geehrt. Beide waren erfolgreiche Wissenschaftler, aber das macht sie noch lange nicht zu Vorbildern. Von Feulgen ist überliefert, dass er gleich nach der Machtübergabe an Hitler jeden aus seinem Kolleg schmeißen wollte, der sich nicht total hinter seinen neuen Führer stellt, außerdem ist bekannt, dass er auch gleich dazu überging, Studenten jüdischer Abstammung zu benachteiligen.

Sonntagsöffnung: Koalition will Verfassungsbruch light

Ob in zwei Monaten der nächste verkaufsoffene Sonntag stattfinden wird, ist noch nicht entschieden. Nach der letzten Niederlage vor dem Oberverwaltungsgericht – OB Grabe-Bolz sprach von einem Skandal – sucht die Stadt nach Möglichkeiten, die grundgesetzlich geschützte Sonn- und Feiertagsruhe zu umgehen. Die FDP möchte die Landesregierung auffordern, vier Sonntage pro Jahr ohne Bezug zu einem Anlass zu genehmigen. Das stieß – weil verfassungswidrig – auf allgemeine Ablehnung. Stattdessen wurde einem Änderungsantrag der Koalition zuge-

stimmt. Der sieht vor, dass der Magistrat über die drei Gießener Landtagsabgeordneten (Möller, CDU, Merz, SPD, und Greilich, FDP) darauf hinwirken soll, das hessische Ladenschlussgesetz zu überarbeiten. Gleiches soll über den Städtetag erfolgen. Während also die FDP sich einfach gleich über die Verfassung hinwegsetzen will, wollen die anderen, dass die Landesregierung das für sie erledigt.

Ausdrücklich gegen Sonntagsöffnung haben sich lediglich die Stadtverordneten der Gießener Linken ausgesprochen, während die restlichen



Fraktionen (einschließlich der neuvertretenen AfD) allesamt sich den Bedürfnissen der Kapitalverwertung unterwarfen.

Die Möglichkeit, über die heimischen Landtagsabgeordneten und den Hessischen Städtetag Einfluss auf die Landesregierung zu nehmen, ist nicht neu. Eine entsprechende Initiative hat die Linksfraktion bereits vor Jahren ergriffen mit dem Ziel, dass die Stadt mehr Geld erhält und die Landesregierung ihren Verfassungsauftrag (Artikel 130) erfüllt: den Kommunen die zur Erfüllung ihrer Aufgaben notwendigen Mittel zur Verfügung zu stellen. Das wurde abgelehnt – entsprach es doch nicht den Interessen der Kapitalvertreter, die in Gießen, wie in Wiesbaden, wie in Berlin die Politik bestimmen.

Michael Beltz



AfD im Stadtparlament: Null Ahnung

Nach gut einem halben Jahr griff die AfD im Parlament in der Haushaltsdebatte ins Geschehen ein und voll daneben.

Mit drei Kürzungsanträgen tat sie sich hervor.

So wollte sie u. a. den Zuschuss für das Zentrum für interkulturelle Bildung und Begegnung (ZiBB) von 25 auf 10 Tausend Euro pro Jahr kürzen.

War die Begründung bereits völlig abstrus („der Zweck des Vereins bestehe überwiegend aus Aktivitäten gegen unerwünschte Erscheinungen“ – was immer das sein mag), so setzte die AfD mit Prof. Reichmann in der Diskussion noch eins drauf:

Das ZiBB betreibe Etikettenschwindel und nannte u. a. die Demonstration „Gießen bleibt bunt“ im Jahr 2011. Noch weniger Sachkenntnis ist kaum denkbar und für einen Stadtverordneten mehr als blamabel.

Zu dieser Demo gegen den Aufmarsch der NPD hatten (fast) alle Organisationen aufgerufen:

von Gewerkschaften bis Unternehmerverband, Parteien von CDU bis DKP, Kirchen und wie zig andere auch das ZiBB, das keineswegs Initiator war.

Selbstverständlich wurden die Anträge abgelehnt.

Sie betrafen außerdem den Ring Politischer Jugend und den Verein freiwillig-sozial-aktiv Freiwilligenzentrum für Stadt und Landkreis Gießen e.V. (wurde zurückgezogen).



Hinter den Kulissen bei McDonalds

Ein Erfahrungsbericht

Seit ein paar Wochen arbeite ich, wie viele Studierende, die einen Nebenjob benötigen, als geringfügig Beschäftigte in der McDonalds-Filiale in der Innenstadt. Sie ist, wie die meisten Läden der weltweiten Nummer 1 Fast-Food-Kette, ein Franchise-Unternehmen, das heißt: sie, wie 12 andere Filialen im Kreis, gehören einem Privatmann.

Und der gibt seinen Angestellten, Azubis und Aushilfen nicht ganz so viel ab, wie er sich selbst gönnt: zum Beispiel einen eleganten Porsche. Der viele Seiten zählende Arbeitsvertrag wurde mir vorgelegt, und ich sollte etwa 15 Unterschriften für alles Mögliche leisten.

Natürlich hätte ich ihn eigentlich mit nach Hause nehmen und in aller Ruhe sorgfältig prüfen müssen, bevor ich irgendetwas unterschreibe; aber die Personalchefin wurde zunehmend unruhiger.

Auf meine Fragen hin, warum ich lauter Unterweisungen unterschreiben solle, die ich noch nicht kannte, sagte sie mir, die bekäme ich gleich

unten vom Filialleiter. Unten angekommen, fragte ich also den Filialleiter, der abwinkte und mit einem guschelten „Ach, das ist eh nicht wichtig, das machen wir vielleicht nächs-



tes Jahr irgendwann“ gleich zum nächsten Thema wechselte: die Arbeitsklamotten, die nicht meiner Größe entsprachen. Er habe nichts anderes mehr und die nächste Bestel-

lung käme vielleicht in ein paar Wochen. Die Schuhe müsse ich mir selbst kaufen und von meinem ersten Lohn gingen 50 € ab als Pfand für die Klamotten. Auf sich warten lassen auch öfter mal notwendige Sachen für die Reinigungsarbeiten, um Hygienesicherheit zu gewährleisten.

Bald merkte ich aber: das größte Problem sind die Schichtpläne, die oft kurzfristig geändert werden. Im Voraus kann man nie einen Monat planen, wie eigentlich vorgeschrieben. Meistens ist für die sehr anstrengende Arbeit viel zu wenig Personal da.

Erlebte Missstände könnte ich noch viele aufzeigen, was definitiv fehlt ist ein Betriebsrat, gewerkschaftlich organisierte Kollegen und eine Menge Selbstbewusstsein und -vertrauen in die eigene Stärke:

Wir sind es, die jeden Tag durch Burger, Eis und Pommes die Kasse klingeln lassen, für einen Einzigen. Und für mich bleibt nach wie vor nicht genug Geld und Zeit für ein gutes Leben. Danke Kapitalismus!

(Autor ist der Redaktion bekannt)

LaGa vorbei - Schäden geblieben - Frevel geht weiter

Fast heimlich, still und leise gab Ende 2015 die „Landesgartenschau Gießen 2014 GmbH“ ihre Tätigkeit auf. Seitdem kümmert sie sich nur noch um ihre eigene Liquidation. Auch schied Geschäftsführer Wierbitzki aus, um in anderen Städten Gartenschau-Defizite zu managen.

Diese GmbH ist mit ihren Aufsichtsräten aus CDUSPDGRÜNENFWG für den Raubbau an der Natur besonders in der Wiesekaue und am städtischen Geldsäckel verantwortlich. Zur Erinnerung: Gegen den Willen der Mehrheit der Gießener Bevölkerung – das wurde zweimal durch repräsentative Umfragen des „Gießener Anzeiger“ bestätigt – peitschte man dieses Event in einer Verbindung von Politik und Geschäftsinteressen durch. Jetzt stiehlt sich die Gesellschaft bilanztechnisch aus den weitreichend negativen Folgen ihrer Tätigkeit. Lediglich die Fraktion „Gießener Linke“ verhalf mit ihrem Antrag auf regelmäßige Berichterstattung im Stadt-

parlament zu einer gewissen Öffentlichkeit.

Allerdings versteckten die Berichte des Geschäftsführers Wiemer mehr, als dass sie Klarheit verschafften.

Tatsache ist, dass viele Folgeschäden der Landesgartenschau von der Stadt alleine übernommen werden müssen. So wiesen Umweltverbände zum wiederholten Mal darauf hin, dass der Rückbau der Kiesinsel in der Wiesekaue als Ausgleichsmaßnahme schon längst hätte erfolgen müssen. Die Brut- und Lebensräume von Vögeln wurden durch massive Gehölzrückschnitte für die LAGA stark eingeengt. Die Stadt versucht dieser Maßnahme aus finanziellen Gründen zu entgehen.

Weiterhin ist ungeklärt, was mit dem unnützen, kubusförmigen Bauwerk geschieht, das als Toilettenersatz verkümmert und während der LAGA zum Malen des Paradieses einlud. Und die Parteien, die bei der LAGA den Geschäftsinteressen Freiraum

gewährt haben, machen genauso weiter bei der Bebauung des Motorpool-Geländes und der Neuplanung der Universität an der Rathenaustraße: Im Mittelpunkt stehen die Profitinteressen der Immobilien- und Baufirmen – Naturschutz ist dabei hinderlich!

M. Berger



Jobcenter muss zahlen: Erfolg durch Hartnäckigkeit

Nach jahrelangem Streit, ungezählten Widersprüchen und Klagedrohungen hat sich das Jobcenter in Gießen dazu bequemt, ab August monatlich



einen um rund 30 Euro höheren Betrag zu bezahlen. Und dies nur, weil der Betroffene nicht locker ließ und immer wieder Widerspruch eingelegt hatte.

Die tatsächlich anfallenden Betriebskosten sind damit aber keineswegs gedeckt, und die sich summierenden Beträge, die der Betroffene vor August – offensichtlich zu Unrecht – bezahlen musste, seien angeblich „verjährt“. Aber auch dies wird vermutlich erst vor Gericht geklärt werden.

Obwohl der Betroffene durch Wechsel des Energielieferanten seine Kosten von sich aus erheblich reduziert hatte, war das Jobcenter stur geblieben, wobei die Begründungen schon hanebüchen bis grotesk waren.

So wurde z.B. argumentiert: der Betroffene habe eine „Sandwich-Wohnung“, weil in den Etagen über und unter ihm auch geheizt werde. Abgesehen von dieser Unsinnigkeit (als ob es ausreichend sei, wenn jede zweite



Wohnung beheizt wird), waren beide Wohnungen wegen Renovierung nicht vermietet – was auch mitgeteilt wurde.

Des Weiteren wurde ihm geraten, seine Heizung auf Öl (bei derzeit steigenden Preisen!) umzustellen, mit dem Hinweis, dass ihm dann eine Beihilfe gewährt werden könne (muss aber nicht). Für den Betroffenen klingt

das wie eine Aufforderung zu einer Straftat, indem er genötigt wird, Öl zu bestellen wohl wissend, es nicht bezahlen zu können. Betrachtet man den ganzen Paken Schriftwechsel ein-

schließlich akribischer Tabellen, so fragt man sich, ob es im Jobcenter nicht wichtigere Dinge zu tun gibt, als einem Menschen, der es mit Hartz IV schwer genug hat, in Entbehrung jeglicher Sachkenntnis seine Betriebskosten vorzuenthalten. Ob sie aus Bosheit oder auf Anweisung von oben so handeln, kann ihren Opfern letztlich egal sein.

Es ist fester Bestandteil von Hartz IV und seiner Schikanen und Strafaktionen: die Betroffenen demütigen und klein halten, damit die oberen Zehntausend umso ungestörter ihr Vermögen anhäufen können.

Noch immer gilt: Wer sich nicht wehrt, lebt verkehrt! Erika Beltz

Bei Hartz IV: Tritte gezielt oben platzieren

Auch der Sprecher des Erwerbslosenforums Deutschland, Martin Behring, bestätigte kürzlich in einem Interview, dass die Jobcenter willkürlich Belege verlangen und Bezüge kürzen. Das geschehe nicht unbedingt mutwillig, sondern liege auch daran, dass die Mitarbeiter im Schnelldurchlauf ausgebildet und schlecht bezahlt werden und die Jobcenter zudem unterbesetzt sind. Er beklagt, dass Hartz-IV-Empfänger mit sehr unterschiedlichen Interessen schlecht zu politisieren seien und auch aus Geldmangel das Organisieren schwierig ist. Sein Ziel: „Der Bewegung muss es gelingen, sie dazu zu bringen, nicht nach oben zu buckeln und nach unten zu treten, sondern Tritte gezielt oben zu platzieren.“ (<http://www.jungewelt.de/2016/12-27/013.php>)

Das Lied von der Suppe

Wenn du keine Suppe hast
Willst du dich da wehren?
Da musst du den ganzen Staat
Von unten nach oben umkehren
Bis du deine Suppe hast.
Dann bist du dein eigener Gast.

Wenn für dich keine Arbeit zu finden ist
Da musst du dich doch wehren!
Da musst du den ganzen Staat

Von unten nach oben umkehren
Bis du dein eigener Arbeitgeber bist.
Worauf für dich die Arbeit vorhanden ist.

Wenn man über eure Schwäche lacht
Dürft ihr keine Zeit verlieren
Da müsst ihr euch kümmern drum
Dass alle, die schwach sind marschieren
Dann seid ihr eine große Macht.
Worauf keiner mehr lacht. B.Brecht



Gegen Kapitalismus und Krieg

Die Gedenkveranstaltung für Ria Deeg in Gießen

Gut 40 Interessierte folgten der Einladung von VVN, DKP und SDAJ am 1.12.2016 in die Kongresshalle Gießen und waren sich abschließend einig, dass diese Auftaktveranstaltung ein voller Erfolg war. Eine gelungene Abwechslung aus Musik, Lyrik, Erinnerungen, Fotos, Nachdenklichem und kleinen Anekdoten rahmte das würdige und angemessene Gedenken an Ria Deeg ein. Michael Beltz lernte sie 1960 kennen und berichtete vom Entstehen der Ostermärsche, von gemeinsam durchgeführten Kämpfen und heißen Diskussionen. Das unermüdliche und gefährliche Arbeiten in der Illegalität, ihre Verhaftung wegen Vorbereitung zum Hochverrat hatten nichts an ihrer standhaften, disziplinierten und unbeugsamen Grundhaltung geändert. Solange sie dazu in der Lage war, hielt sie Vorträge an Schulen und war Referentin bei Antikriegstagen und vielen weiteren Veranstaltungen.

Werner Deeg, der Sohn von Walter und Ria Deeg, erzählte, wie er in seiner Kindheit die politische Tätigkeit erlebte – von den zahlreichen Besu-

Henning Mächerle, seit vielen Jahren in der VVN aktiv, erinnerte daran, dass Ria Mitgründerin der VVN in Hessen war, die sich 1947 in Gießen konstitu-



ierte und trug ein lebendiges Interview vor, das Ria 1992 gegeben hatte.

Den kulturellen Rahmen bildeten Erich Schaffner und Georg Klemp wie gewohnt souverän und am Motto des Abends „Gegen Kapitalismus und Krieg“ orientiert, zu dem auch die Rezitation vom „Lob der Dialektik“ (Brecht) durch Rosa (SDAJ) beitrug.

1987 war Ria Deeg in einer Feierstunde im Stadtverordnetenensaal mit der Goldenen

chen Hilfesuchender (Ria war nach 1945 Leiterin der Betreuungsstelle für politisch, rassistisch und religiös Verfolgte in Gießen) als auch von Hausdurchsuchungen, die auch vor seinem Bett nicht haltmachten, als Walter und Ria in den 50er Jahren wegen Tätigkeit für die verbotene KPD gegen die Remilitarisierung wieder verfolgt wurden.

Ehrennadel der Stadt Gießen ausgezeichnet worden. Seither weigert sich die Stadt nicht nur, eine Straße nach Ria zu benennen, sie hat im Gegenteil die zeitliche Grenze für eine Benennung von 10 auf 20 Jahre erhöht.

Im Jahre 2017 würde Ria 110 Jahre alt; es gilt weiterhin, für eine angemessene Würdigung Rias in Gießen zu kämpfen. Martina Lennartz



Foto links: Ria Deeg während ihrer Dankesrede nach der Verleihung der Goldenen Ehrennadel im Sitzungssaal des Stadtparlaments am 18. März 1987. Es gratulierten: OB Mutz (SPD), Hans Pfeifer (CDU) als Vertreter des Stadtverordnetenvorstehers und für die Fraktion, Friedel Eidmann (FDP), Günther Becker (SPD), Dr. Heinrich Brinkmann (Grüne) sowie Frank Pötter für die VVN-BdA.

In Suhl (Thüringen) werden Faschisten geehrt

In Suhl wurde letztes Jahr eine Gedenktafel „für Suhler Bürger“ eingeweiht, die im Speziallager 2 in Buchenwald inhaftiert waren. Damit sind nicht die KZ-Häftlinge gemeint, die dort von den Nazis eingekerkert und ermordet worden waren. Gemeint sind die „Bürger“, die nach dem Krieg wegen ihrer NS-Vergangenheit von den Alliierten eingesperrt wurden, in Hessen z.B. im Internierungslager Darmstadt. Dabei handelte es sich nicht um einfache Parteimitglieder, sondern um Aktivisten bei Gestapo, SA und SS... (wobei nicht auszuschließen ist, dass vereinzelt Unschuldige darunter gewesen sein mögen).- Diesen Faschisten widmet man ein Gedenken in einem Bundesland, das Bodo Ramelow (Die Linke) zum Ministerpräsidenten hat, in Suhl, wo Die Linke stärkste Fraktion im Stadtparlament ist und der (parteilose) OB diese Gedenkstätte als richtig und längst überfällig bezeichnet. Nicht nur die VVN ist empört.

Vormerken:

Veranstaltung der VVN-BdA Hessen

anlässlich der Gründung der Vereinigung der Verfolgten des Nazi-Regimes - Bund der Antifaschisten vor 70 Jahren in Gießen

**Samstag, 18. Februar,
17 Uhr, Kerkrade-Zimmer
der Kongresshalle**

Zum Tod von Fidel Castro

Yo soy Fidel!

Am 25. November ist Fidel Castro im Alter von 90 Jahren gestorben.

Seit 1953 kämpfte Fidel Castro für die Befreiung Kubas: mit Worten, mit Waffen und mit seinem ganzen Herzen. Sechs Jahre später siegte die kubanische Revolution und das kubanische Volk durfte erstmals nach der Kolonialisierung seine Geschicke selbst in die Hand nehmen.

Eine Alphabetisierungskampagne lehrte der Bevölkerung Lesen und Schreiben, Kasernen wurden in Krankenhäuser umgebaut und die großen Konzerne mussten Grund

und Boden in die Hände der arbeitenden Menschen geben.

Kapitalisten aus aller Welt bekämpften das Gesellschaftssystem fern von Ausbeutung, Unterdrückung und Fremdbestimmung. Sie bezahlten Söldner, um in Kuba zu intervenieren; unterstützten Terroristen, um Angst und Schrecken auf Kuba zu verbreiten; verbreiteten Lügen, damit die Ideen der kubanischen Revolution keine weiteren Anhänger finden; sie bauten die umfassendste und am längsten andauernde Blockade auf, um Kuba wirtschaftlich zu vernichten und versuchten in unzähligen Anschlägen, Fidel Castro das Leben zu nehmen.



Doch der kubanische Sozialismus trotzte allen Angriffen. Auch alle Anschläge auf Fidel wurden vereitelt. In Kuba spricht man bewusst von seinem physischem Ableben, nicht von seinem Tod.

Denn sein Geist lebt weiter, in jedem einzelnen Kubaner und jeder Kubanerin. Hunderttausende versammelten sich während der neuntägigen Staats-

trauer, um seine Taten zu würdigen. Von allen Straßen und Plätzen Kubas tönte es „Yo soy Fidel!“ - „Ich bin Fidel!“.

Bei der großen Abschiedsfeier auf dem *Plaza de la Revolución* in Havanna betonten die Präsidenten von Ecuador, Venezuela und Bolivien sowie Vertreter aus zahlreichen weiteren Ländern, wie wichtig die praktische internationale Solidarität Kubas ist. Bis heute schicken sie medizinisches Fachpersonal in Krisenregionen und bilden tausende Lehrkräfte und Ärzte aus ehemaligen Kolonien aus.

Wir alle verdanken dem unermüdlischen Kampf Fidels und der kubanischen Bevölkerung viel – denn bis heute zeigt das Beispiel Kubas Tag für Tag, dass eine Welt jenseits des Kapitalismus möglich ist!

Tobias Salin

Die meisten Menschen in Kuba haben keine gewöhnlichen Kondolenzbücher unterzeichnet, sondern den Schwur zur Revolution, den Fidel am 1. Mai 2000 vorgetragen hat.

„Revolution bedeutet Sinn für den historischen Moment; heißt alles zu ändern, was geändert werden muss; bedeutet Gleichheit und volle Freiheit; heißt die Mitmenschen wie menschliche Wesen zu behandeln und von diesen auch so behandelt zu werden; bedeutet uns durch uns selbst und mit unseren eigenen Anstrengungen zu emanzipieren; heißt mächtige und beherrschende Kräfte innerhalb und außerhalb des gesellschaftlichen und nationalen Bereiches herauszufordern; bedeutet Werte zu verteidigen, an die man um den Preis jedweden Opfers glaubt; bedeutet Bescheidenheit, Uneigennützigkeit, Selbstlosigkeit,

Solidarität und Heldenhaftigkeit; heißt mit Kühnheit, Intelligenz und Realismus zu kämpfen; niemals zu lügen und keine ethischen Prinzipien zu verletzen; besteht in der tiefen Überzeugung, dass es keine Kraft auf der Welt gibt, die dazu fähig ist, die Kraft der Wahrheit und der Ideen zu erdrücken; Revolution bedeutet Einheit, bedeutet Unabhängigkeit, bedeutet für unsere Träume für Gerechtigkeit für Kuba und für die Welt zu kämpfen, die die Grundlage für unseren Patriotismus, unseren Sozialismus und unseren Internationalismus bilden.“

Fidel Castro Ruz

Liebe Leser und Leserinnen,

wir bitten um Bezahlung des Abos und um Spenden

Die benötigen wir dringend, um das Gießener Echo auch in Zukunft in dieser Auflage herausbringen zu können. - Diese Bitte richtet sich auch an unsere Online-Leser. Das Gießener Echo ist verlässlicher Partner im Kampf gegen Krieg und Sozialabbau, gibt Informationen, die andere verschweigen und unterstützt viele Gießener Organisationen und Initiativen in ihrer Arbeit. - Wir erinnern: Spenden an politische Parteien können von der Steuer abgesetzt werden. Das Finanzamt erstattet 50% des gespendeten Betrages.

Sparkasse Gießen, IBAN: DE75 5135 0025 0000 1930 70.

Es grüßt mit herzlichem Dank die
Echo-Redaktion

Leserbrief

Zitat Angela Merkel: Der Bevölkerung geht es besser denn je. **Zitat Detlef Schneider** von den Montagsdemonstranten: Mir ging es noch nie gut. Dies haben Merkel, Schröder, Kohl, Schmidt, Brandt und Co sehr erfolgreich verhindert. Bis vor 12 Jahren konnte ich von meinem Lohn noch leben. Nicht gut leben, allerdings leben. Seit 12 Jahren kann ich von meinem Lohn nicht mehr leben. Angela Merkel sagt, dass es der Bevölkerung, also auch mir, besser geht denn je. Merkwürdige Auffassung, wenn man von seinem Lohn nicht mehr leben kann. Allerdings ist es nicht verboten, den regierenden Politikern zu glauben. Es ist auch nicht verboten, an den alten kräftigen Mann mit dem langen Bart und dem roten Mantel zu glauben. Wer das eine glaubt, glaubt mit Sicherheit auch das andere. Ich nicht.

**Redaktionsschluss für
Februar-Echo: Mi., 1. Febr.**

Gießener Echo

Hrsg: DKP Kreisvorstand Gießen; verantw.: Erika Beltz, erscheint monatlich. Bezugsgebühren: 30 € im Jahr (inkl. Versandkosten). Konto (Sparkasse), IBAN: DE75 5135 0025 0000 1930 70, BIC: SKGIDE5F. Druck: Gründruck
Bestellungen, Leserbriefe, Anfragen an: Gießener Echo, Postfach 110226, 35347 Gießen, E-Mail: dkp@dkp-giessen.de. Im Internet: www.dkp-giessen.de

Die Befreiung Ost-Aleppos und der Westen Staatsterror bleibt die Hauptgefahr unserer Zeit

Das Ende der Schlacht um Ostaleppo ist eine historische Zäsur. Zum einen für den weiteren Verlauf des Krieges in Syrien. Die Hauptverantwortung für ihn – der Mainzer Geograph Günter Meyer wiederholte es am 16. Dezember im Interview mit heute.de – tragen die USA. Er resümierte: Dort begannen 2001 die Planungen für den Regimewechsel in sieben Ländern, seit 2005 wurden die »Rahmenbedingungen« für den in Syrien geschaffen – mit Propagandaaktionen sowie der Finanzierung und Ausbildung »einer Armee von Terroristen gemeinsam mit Israel und Saudi-Arabien«. Die Türkei war die Basis für materielle und personelle Unterstützung der Banden.

Die jetzige Befreiung des Ostteils von Aleppo bedeutet zunächst das Ende dieser Strategie. Gescheitert ist der Feldzug des Westens allerdings viel früher. Präsident Baschar Al-Assad ließ sich nicht im Vorübergehen absetzen, u. a. weil ihn bis heute mehr als die Hälfte der syrischen Bevölkerung, so Meyer, unterstützt. Die Blutsäuferparole der Dschihadisten ist

dagegen unverändert »Christen nach Beirut, Alawiten ins Grab«. Bei der Verwirklichung dieses Vorhabens konnten sich die Kopfabsteiger bislang auf ihre Sponsoren in den NATO- und EU-Hauptstädten verlassen. Ob das so bleibt, ist wieder offen. Das Führungspersonal der westlichen Demokratien liebt den Mord, aber nicht Mörder, die seine Kriege vergeigen.

Noch lässt sich nicht vorhersagen, ob die Niederlage eine über den syrischen Krieg hinausgehende Bedeutung hat. Fest steht: Zum ersten Mal seit dem Ende der Sowjetunion vor 25 Jahren gelang es, dem imperialistischen Interventionismus des Westens eine Schlappe zu bereiten. Die Siege in Vietnam 1975 oder in Angola 1988 wurden unter dem »Schirm« des Ost-West-Gegensatzes, des strategischen Gleichgewichts, errungen. Das war ab 1991 von Jugoslawien bis Libyen nicht möglich oder wurde höchstens ansatzweise versucht. Der maßgeblich russische Sieg in Aleppo setzt hier ein Zeichen. Die Versuche, dauerhaft südlich von Russland

Regionen der Instabilität und Chaos zu schaffen, sind damit aber nicht gestoppt. Hunderttausende oder Millionen Tote beeindruckten imperialistische Strategen ebenso wenig wie das Völkerrecht. Laut den Ankündigungen von Spiegel, FAZ, ARD, UN-Vertretern und dem westlichen Mainstream insgesamt stand in Ostaleppo angeblich ein Massaker von 250.000 Zivilisten bevor. Nun waren es etwa 35.000 Menschen, die nicht evakuiert, sondern »vertrieben« wurden. Zum verschmerzbaeren Propagandadebakek kommt aber hinzu: Das militärische Eingreifen Russlands ist völkerrechtskonform, das des Westens einschließlich der Bundesrepublik nicht. Möglich, dass dies bei Friedensverhandlungen zu Syrien von grundsätzlicher Bedeutung wird. Die Ära des hemmungslosen Rechtsnihilismus und des Faustrechts, die der Westen nach 1991 proklamierte, muss beendet werden. Sein Staatsterror, nicht ein Anschlag, bleibt die Hauptgefahr unserer Zeit. Es bedarf weiterer Niederlagen. Arnold Schölzel (aus: junge Welt vom 24.12.16)



Mitgliederversammlung der DKP

am Donnerstag, dem 26. Januar 2017, um 19 Uhr
im Büro der Partei Die Linke, Marktplatz 2

Sie lügen wie gedruckt.
Wir drucken, wie sie lügen.

3 WOCHEN GRATIS! **junge Welt**

www.jungewelt.de/testabo
Abo telefon: 030 53 63 55 50

DKP
Nachrichtenportal

news.dkp.de
www.dkp-hessen.de
www.dkp-giessen

**Widerstand
gegen Hartz IV**
montags 18 - 19 Uhr,
bei den 3 Schwätzern

UZ-Sozialistische
Wochenzeitung der DKP

UZ Woche für Woche
antikapitalistisch!

10 Wochen kostenlos testen
CompressVerlag,
Hoffnungs-Str. 18,
45127 Essen
info@unsere-zeit.de